

Rückt die Mitte nach rechts?

Reaktion und Reaktionäre in der bürgerlichen Gesellschaft

Vortrag von Prof. Dr. Ronald Lutz

26.10.2012

Aufhänger

Jüdische und muslimische Organisationen sorgen sich wegen eines aus ihrer Sicht wachsenden Rassismus und Antisemitismus bis in die Mitte der deutschen Gesellschaft hinein.

Sie verweisen dabei sowohl auf den Ton der Beschneidungsdebatte als auch auf mehrere antisemitisch motivierte Angriffe auf jüdische Bürger in den vergangenen Wochen.

Bei Angriffen auf Juden sei Deutschland „leider keine Insel der Seligen“, sagte Maram Stern, Vizepräsident des Jüdischen Weltkongresses, dem Tagesspiegel.

Auch wenn sich die Bundesrepublik seit dem Holocaust zu einem Land gewandelt habe, in dem Juden wieder gerne leben, gewinne man in jüngster Zeit dennoch den Eindruck eines tiefer gehenden Stimmungswandels.

„Das Klima für Juden in Deutschland wird wieder rauer.“ So der Tenor vieler Aussagen der jüngsten Vergangenheit. Charlotte Knobloch sorgt sich sogar angesichts der Beschneidungsdebatte ob Deutschland noch ihr Land sei.

Für den Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, ist der Umgang mit Rassismus in Deutschland viel zu lau:

„Es ist völlig unverständlich, wie blass die Reaktion auf den Angriff auf Stephan Kramer war“, sagte Mazyek. „Hass und Übergriffe insbesondere auf Muslime und Juden“, die „immer offener ausgetragen“ würden, seien „vor allem Anschläge auf unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft“, sagte Mazyek.

Dies nachlässig zu behandeln, mache es möglich, dass die Täter immer weiter Terrain gewinnen. „Wir haben in unserem Land kein Nazi-Problem, sondern wir haben eines mit einem Rassismus, der in die Mitte der Gesellschaft drängt.“ Die Beschneidungsdebatte, die „polemisch und mit wenig Sachverstand geführt“ worden sei, habe diesen Trend leider verstärkt und „die Hemmschwelle bei nicht wenigen weiter gesenkt, gegen Juden und Muslime vorzugehen

Die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Christine Lüders, hat davor gewarnt, Rassismus zum Problem einiger Radikaler zu erklären und zu verharmlosen. „Rassismus ist kein Randphänomen, pauschale Ablehnung von Menschen mit Migrationshintergrund findet sich allzu oft auch in der Mitte der Gesellschaft“, sagte Lüders.

Neonazis sind "uns näher, als wir denken, so manche aufmerksame Akteure. Mit wachsendem Erfolg buhlen sie um die Mitte der Gesellschaft. Wissenschaftler warnen schon länger davor, dass rassistische und autoritäre Ideen dort auf wachsendes Wohlwollen stoßen".

Elmar Brähler wies kürzlich darauf hin, dass rechtsextreme Einstellungen noch immer tief in der Gesellschaft verankert seien.

Der frühere Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der Berliner Technischen Universität, der Historiker Wolfgang Benz, warnte allerdings vor Alarmismus: „Der real existierende Antisemitismus war nie auf Extremisten in der rechten Schmuddelecke beschränkt. Er ist immer auch in der Mitte der Gesellschaft positioniert.“

Warum also die Aufregung? Weil die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sich fest zu setzen droht, sich normalisiert und ihren ständige Ort findet. Die Fragestellung dabei lautet doch: Kommt der Rechtsextremismus tatsächlich aus der Mitte? Setzt er sich dort fest, da er alte Muster aktiviert?

Eine erste Antwort mit Einschränkungen: Woher sonst? Nur aus welcher Mitte und warum?

Das aber wirft die Frage nach den Ursachen auf, die ich vor allem in einer höheren Verwundbarkeit der Mittelschichten sehe, in deren ökonomischen und sozialen Sorge, aus denen

offenkundig Ressentiment wächst, aus dem heraus sich die Mitte stärker rassistischen und autoritären Ideen öffnet. In der zunehmenden Spaltung in arm und reich gerät die Mitte unter Druck und grenzt sich ab. Das ist fatal und droht die Gesellschaft zu ändern, der gesellschaftliche Zusammenhalt ist bedroht.

Ich glaube nämlich nicht, dass Neonazis diese Ideen in die Mitte der Gesellschaft tragen. Es sind vielmehr Teile der Mitte, die sich zu radikalieren beginnen, indem sie alte Ressentiments neu beleben. Ein zunehmend entsichertes und verunsichertes Bürgertum beginnt zivilisatorische Errungenschaften leichtfertig über Bord zu werfen: Hetze gegen Arme, Ausländer, Migranten und andere Minderheiten sowie gegen den Staat Israel gehören mittlerweile wieder zum guten Ton. Wer solche Auswüchse kritisiert, wird entweder zum Gutmenschen, Gegner der Meinungsfreiheit oder Kriegstreiber erklärt.

Bevor ich darauf eingehe und die Ursachen diskutiere will ich das Phänomen noch etwas genauer betrachten.

Fakten

Jeden Tag ereignen sich in Deutschland mindestens zwei bis drei rechte und rassistische Gewalttaten. Die TäterInnen sprechen vor allem denjenigen das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Leben ab, die als Minderheiten ohnehin schon gesellschaftlich diskriminiert werden.

Bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) hat sich der Anteil der gemeldeten Fälle zu Diskriminierungen aufgrund der Hautfarbe oder ethnischen Herkunft seit Bestehen der Stelle verdoppelt: Bezogen sich in den ersten zwei Jahren nach Gründung der Stelle 2006 noch knapp 10 Prozent der gemeldeten Fälle auf rassistische Diskriminierung, so waren es Ende 2011 rund 20 Prozent, also jede fünfte Anfrage. „Das ist eine Entwicklung, die uns nachdenklich machen muss“, sagte Lüders.

Menschen erleben Diskriminierung in sämtlichen Lebensbereichen, etwa beim Abschluss von Versicherungen, auf dem Wohnungsmarkt, beim Einkaufen, im Fitnessstudio oder beim Diskobesuch. Für Einwanderer und ihre Nachkommen sind besonders viele Fälle im Bereich Arbeit festzustellen.

Den ersten signifikanten Anstieg der Fallzahlen habe die ADS 2010 verzeichnet. Grund dafür sei die steigende Bekanntheit des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG). Gleichzeitig berichten Migrantenverbände von vermehrten Erfahrungen mit Ressentiments und Ablehnung seit der Debatte um das Buch von Thilo Sarrazin.

In öffentlichen Debatten um Migration und Integration, wie zuletzt über die Studie zur Lebenswelt junger Muslime des Bundesinnenministeriums, werden Migrantengruppen häufig auf vermeintliche Defizite reduziert. „Konstruktive Kritik ist wichtig und richtig, dabei dürfen die Proportionen aber nicht verschoben werden“.

Vorliegende empirische Befunde sind eindeutig: rechtsextremeres Denken ist kein Randphänomen sondern eines der Mitte der Gesellschaft. Eine seit 2006 durchgeführte Studie der FES, die Mitte November vorgestellt wird, belegt eindeutig, dass rechtsextreme Haltungen in allen Teilen der Gesellschaft in erheblichem Maß anzutreffen sind.

Die vorliegenden Ergebnisse sind insgesamt beunruhigend, zeigen sie doch eine vorurteilsbehaftete Abwertung der Anderen, die demokratischen Grundwerte in Frage stellt.

Der Erfolg von Sarrazins und Hermanns Buch

Deutschland schafft sich ab ist der Titel eines 2010 erschienenen Buches von Thilo Sarrazin. Es trägt den Untertitel „Wie wir unser Land aufs Spiel setzen“. Sarrazin beschäftigt sich darin mit Folgen, die sich seiner Ansicht nach für Deutschland aus der Kombination von Geburtenrückgang, wachsender Unterschicht und Zuwanderung aus überwiegend muslimischen Ländern ergeben könnten. Das Buch erlangte bereits im Vorfeld der Veröffentlichung erhebliche Medienaufmerksamkeit, Der Spiegel und die Bild-Zeitung veröffentlichten vorab Auszüge.

Über das Buch wurde viel diskutiert, mehr als über andere Sachbücher, dabei wurden viele Fakten relativiert und widerlegt. Fatal und für den Zustand der Gesellschaft entlarvend ist: eine Auswertung von Media Control ergab, dass „Deutschland schafft sich ab“ zu den meistverkauften Sachbüchern seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland gehört. Sarrazin vertritt u.a. die als extrem fremdenfeindlich zu wertende These, dass die Türken Deutschland genauso wie die Kosovaren das Kosovo erobern, nämlich durch eine höhere Geburtenrate.

Die im Buch formulierten Thesen lösten in der Folge eine breite und langanhaltende gesellschaftliche Kontroverse unter Beteiligung von Vertretern aus Politik, Medien und Wissenschaft aus. Damit aber wurden zentrale Inhalte bzw. leitende Thesen der Fremdenfeindlichkeit, der Abwertung anderer und der Islamophobie hoffähig gemacht. So trat Sarrazin in vielen Talkshows auf und erfuhr eine ungeheuerliche Aufmerksamkeit. Er hatte offensichtlich den Nerv der Mittelschichten getroffen und sprach das aus, was diese offenkundig denken.

Neben dem Buch von Sarrazin ist das Buch von Eva Herrmann ein weiteres absurdes Beispiel von rechtspopulistischem Gedankengut, das ankommt: Sie lobte das Familienbild der Nazis und erhielt eine große öffentliche Aufmerksamkeit. Doch anstatt diese Aussage zu erläutern, bzw. zu revidieren erregte sie sich darüber, dass man anscheinend über das Thema 3. Reich nicht positiv reden dürfe. Doch was war das für ein positives Familienbild? Eine Frau hatte so gut wie keine Rechte und diente nur als Gebärmachine und – wie man heute sagen würde – als Haushaltshilfe. Die Unterstützung der Familie galt nur für „arische Familien“ und die Aufrechterhaltung der „arischen Rasse“.

Diese Ansichten von Eva Herrmann werden von einem nicht geringen Teil der Bevölkerung unterstützt: Ein Viertel der deutschen Bevölkerung sehen „gute Seiten“ im Dritten Reich.

Der Patriotismus scheint in Deutschland wieder angekommen zu sein und man sagt: „Das 3. Reich war eine andere Generation, warum darf ich also nicht stolz auf mein Land sein?“ Dies

wird unterstützt durch Kampagnen, wie „Du bist Deutschland“, die im Übrigen auch schon von Hitler verwendet wurde.

Patriotismus führt schnell zum Nationalismus, der gerade beim Fußball, der „Nationalsportart Nummer Eins!“, stark ausgeprägt ist. Es wird keinesfalls eine „Kultur des Miteinander“ angestrebt, sondern eher ein Wettstreit um die beste Mannschaft oder die beste Nation.

Vielfältig sind die Beispiele, bei denen schwarze Spieler beleidigt wurden, durch Buhen oder das Nachmachen von Affen. Irritierend waren auch die Debatten darüber, dass Migrantenkinder, die in der Fußballnationalmannschaft spielen, nicht auch die Nationalhymne singen.

Aber auch die unsägliche Debatte darüber, dass sich homosexuelle Fussballer nicht outen dürfen, da sie sonst von den Fans „vernichtet“ würden, spricht Bände.

Nebenbei: zwei schwarze Studierende wurden kürzlich auf dem Campus der Uni Erfurt als Affen beschimpft, die bitte wieder zurück in den Dschungel gehen sollten. Ohne Folgen. Das ist im Übrigen kein Einzelfall, er steht exemplarisch.

Beschneidungsdebatte

Jüdische und muslimische Gemeinden berichten von einer regelrechten Hetze gegen sie und ihre Religionsausübung seit dem Kölner Urteil. Warum wird dieses Thema so emotional diskutiert – gerade auch von den Kritikern?

Antwort eines Religionswissenschaftlers (Detlef Pollack): Da gibt es mehrere Erklärungen. Zum einen gibt es beim Zentralrat der Juden und bei den organisierten Muslimen eine gewisse Neigung, einen Empörungsdiskurs zu führen. Auf der anderen Seite bestehen in Deutschland in der Tat sehr starke Vorbehalte gegenüber dem Islam, auch gegenüber dem Judentum, obschon die weniger stark sind. Wir haben in Studien herausgefunden, dass nur etwa 30–35 Prozent der Deutschen eine positive Haltung gegenüber den Muslimen haben. Die große Mehrheit sieht die Muslime insgesamt – also nicht nur die Islamisten – negativ. Mit dem Islam werden

Eigenschaften wie Gewaltbereitschaft, Unterdrückung der Frau und Fanatismus assoziiert. Diese Vorbehalte bringen die Schärfe in die Diskussion.

Freilich gibt es auch einen subkulturellen Antisemitismus in der deutschen Bevölkerung. Die Haltung der Deutschen zu den Juden ist nach wie vor durch Vorurteile charakterisiert. Aber der Antisemitismus hat in Deutschland keine öffentliche Stimme, er ist (noch) geächtet. Im Gegensatz dazu ist Islamophobie zwar nicht gesellschaftsfähig, aber sie kann sich öffentlich artikulieren.

Gruppenbezogene MF

Das von Heitmeyer und anderen an der Uni Bielefeld über 10 Jahre bis 2012 durchgeführte Projekt wollte das Ausmaß von Vorurteilen und feindseligen Einstellungen gegenüber verschiedenen Adressatengruppen erfassen, wie Einwanderer, Juden, Muslime, Frauen, homosexuelle, obdachlose und behinderte Menschen. Es ging darum Vorurteile, Rassismus und Diskriminierung zu hinterfragen. Diese Haltungen können, wenn sie sich ausbreiten, eine heimtückische Macht entfalten, sie erzeugen eine Atmosphäre von Misstrauen, Hass und Abwertung. Sie können dabei sogar in Brutalität und Gewalt umschlagen.

Die erfassten Vorurteile ließen sich dabei in einen Komplex Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit verdichten, der seinen Gemeinsamen Kern in einer Missachtung des Anderen, des Fremden und des von der eigenen Lage Abweichenden hat. Das lässt sich auch als eine generalisierte Abwertung von schwachen Gruppen interpretieren. Dahinter liegt eine Ideologie der Ungleichwertigkeit, die sich aus einer Hierarchie der eigenen Überlegenheit und der Unterlegenheit anderer speist.

Rassismus

Zum Phänomen des Rassismus zählt nach Ansicht der Forscher z. B. die von ca 13 % der Befragten vertretene Auffassung, dass die Weißen zu Recht führend in der Welt seien. Der

Aussage, Aussiedler sollten besser gestellt werden als Ausländer, da sie deutscher Abstammung seien, schlossen sich gut 22 % der Befragten an.

Fremdenfeindlichkeit

Fremdenfeindlichkeit drückt sich nach Ansicht der Forscher u. a. darin aus, dass mehr als 50% der Befragten der Auffassung waren, dass zu viele Ausländer in Deutschland leben würden.

Zudem, so die Auffassung von etwa 29% sei es richtig, Ausländer zurückzuschicken, wenn die Arbeitsplätze knapp würden.

Antisemitismus

Hinsichtlich des Antisemitismus wurde von etwa 13 % der Befragten zu viel Einfluss von Juden in Deutschland konstatiert. Hoffähig ist zudem ein Antisemitismus, der über die Kritik an Israel kommuniziert wird. Etwa 38% der Befragten stimmten der Aussage zu, bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.

Islamfeindlichkeit

Islamfeindlichkeit drückt sich im Unterschied zu sachlich begründeter Islamkritik in einer generell ablehnenden bis feindseligen Haltung gegenüber muslimischen Personen und allen Glaubensrichtungen, Symbolen und religiösen Praktiken des Islams aus. Gut 23% sage, dass Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland verboten werden sollte.

Etabliertenvorrechte

Für 35 % der Befragten sollten diejenigen, die schon immer hier leben, mehr Rechte haben als solche, die später zugezogen sind. Und wer neu sei, solle sich erst mal mit weniger zufriedengeben; 52 % vertreten eine solche Auffassung.

Homophobie

Bezüglich der Homophobie äußerten ca 30 % der Befragten Ekel, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen. Homosexualität bezeichneten 15 % als unmoralisch. Gegen die Möglichkeit der Ehen zwischen Frauen und zwischen Männern sprachen sich 35 % aus.

Abwertung von Obdachlosen

Zur Frage hinsichtlich der Obdachlosenabwertung sagten etwa 38 %, dass ihnen Obdachlose in Städten unangenehm seien. Der Aussage, Obdachlose seien arbeitsscheu, stimmten 32 % zu. Der Forderung, bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden, schlossen sich 35 % der Befragten an.

Abwertung von Behinderten

Bei statistischen Erhebungen zur Behindertenfeindlichkeit gaben 7 % der Befragten im Jahr 2007 an, dass viele Forderungen von Behinderten „überzogen“ seien.

Diese Ergebnisse lassen sich auf Europa ausweiten

- 50,4% der Europäer stimmen eher oder voll und ganz zu, dass es zu viele Einwanderer in ihrem Land gibt. Diese Aussage spiegelt eine generelle und blinde Ablehnung von Immigranten.
- 24,4% nehmen an: „Juden haben zu viel Einfluss im Land.“
- 54,4% der Europäer glauben, dass der Islam eine Religion der Intoleranz ist. Dies macht sichtbar, dass viele Europäer ein negatives Islambild teilen (und auch im Hinblick auf Muslime negative Einstellungen vertreten).
- Fast ein Drittel (31,3%) der Europäer stimmen eher oder voll und ganz zu, dass es eine „natürliche Hierarchie zwischen Schwarzen und Weißen“ gibt. Dies bedeutet, dass sie einer

sehr offenen und direkten Form des Rassismus zustimmen, der den Glauben an eine ethnische Hierarchie durch scheinbar natürliche Unterschiede legitimiert.

- Die Mehrheit der Europäer von 60,2% befürwortet traditionelle Geschlechterrollen, die u.a. in wirtschaftliche Ungleichheit der Geschlechter mündet, indem sie z.B. fordern: „Frauen sollten ihre Rolle als Ehefrau und Mutter ernster nehmen.“
- 42,6% lehnen gleiche Rechte für Schwule und Lesben ab und beurteilen Homosexualität als „unmoralisch“.

Interpretation

Deutlich wird in der Interpretation der Daten, dass soziale Desintegration ein durchaus tragfähiger Erklärungsansatz ist. Die Forscher verweisen auf das zurückliegende Jahrzehnt, das sie als entscheidend definieren, und dies an Ereignissen wie dem 11.9.2001, der wachsenden Islamfeindlichkeit, der Einführung von Hartz IV und den sich verfestigenden Ängsten vor dem Abstieg angesichts der Dauerkrisen seit 2008 festmachen.

Für die These der Desintegration spreche vor allem, dass zwischen 2002 und 2006 die Angst vor Arbeitslosigkeit, geringerem Lebensstandard und vor der Zukunft gerade in der Mitte stark zugenommen hat. Fast drei Viertel sehen den Zusammenhalt der Gesellschaft als gefährdet an. Instabilität ist zur Dauerkrise geworden, Gefühle der Machtlosigkeit und der Angst wachsen. Die sich festsetzenden Empfindungen des Ausschlusses, der Vereinzelung und der Desintegration führen zur Angst und zur Abwertung der Anderen und der Fremden.

Die Schwachen werden zu Konkurrenten, ein Jargon der Verrohung greift um sich. In der sich bildenden „rohen Bürgerlichkeit“ ist so ziemlich alles möglich. Während einer Diskussionsveranstaltung zu Sarrazins Buch wurde jede Kritik daran gnadenlos ausgebuht, und das von gut situierten Bürgern der Mittelschichten.

Es sind Zukunftsängste, die Unzufriedenheit mit dem eigenen Status, aus denen heraus die Mitte nach rechts rückt. Diskriminierung der Anderen dient dabei der eigenen Aufwertung. Doch was sind die Ursachen?

Die Mitte: Von der Unsicherheit zur Erschöpfung und hin zum Ressentiment

Wir erleben eine Verschärfung und Verfestigung der Sozialen Spaltung: Reichtum konzentriert sich immer mehr, Armut wächst, vor allem Familien, Kinder, und Altersarmut. Sechs Tendenzen

1. Armut wächst seit Jahren, bei inzwischen 15 %
2. Niedriglöhne und Prekarität nehmen gleichfalls zu
3. Regionale Disparitäten
4. Es trifft bestimmte Familien besonders
5. Konstant hohe Kinder- und Jugendarmut (bei ca. 20%)
6. Wachsende Altersarmut

Das wird flankiert durch eine Ausweitung der Niedriglöhne, die mit einer Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse einhergeht: Normalbiographien dünnen sich aus, der flexible Arbeitskraftunternehmer ist gefordert.

Wir erleben eine Heterogenität der Jobs: befristete Beschäftigung, Teilzeitbeschäftigung, Leiharbeit. Von den Jobnomaden und Arbeitsmarktdriftern wird eine hohe Mobilität erwartet.

Zugleich findet sich eine Aufspaltung der Arbeitswelt in drei Zonen

1. Die Zone der Integration, in der stabile Arbeitsverhältnisse eine soziale Eingliederung in soziale Beziehungen bedingen.
2. Die Zone der Verwundbarkeit, die eine instabile Zwischenzone bildet, in der sich prekäre Beschäftigungsbedingungen und fragile soziale Beziehungen kombinieren.
3. Die Zone der Entkoppelung, in der negative Folgen der Arbeitsverhältnisse kumulieren, da der fehlende Zugang zu produktiver Erwerbstätigkeit einen Mangel an stabilen sozialen Beziehungen hervorruft.

In dieser Aufspaltung breitet sich zugleich eine radikale Beschleunigung aus, die aus Verwundbarkeit Erschöpfung werden lässt

Im modernen Kapitalismus zeigen sich zwei Grundprinzipien: Wachstum und Beschleunigung. Es gibt nicht nur immer mehr, sondern vieles auch immer schneller – Zeit ist Geld (Rosa 2005).

Wir erleben offenkundig, wenn wir den Analysen des Soziologen Hartmut Rosa folgen, derzeit eine weitere und radikal fortschreitende Beschleunigung; die Zeit vergeht aus der subjektiv gefühlten Wahrnehmung heraus schneller als je zuvor. Dies bedingt sich vor allem aus einer wachsenden Belastung im Arbeitsalltag, die Abläufe verkürzt und rationalisiert; dabei entstehen eine Arbeitszeitverdichtung und ein Zeitstress bisher unbekanntem Ausmaßes.

Lebensbedingungen werden dadurch geprägt, psychosoziale Belastungen sind die Folgen (Rosa 2005; 2009).

Zugleich findet eine seit Jahren zunehmende Individualisierung der Lebensverhältnisse statt (Beck 1986; 2008), die zu einer noch stärkeren Herauslösung aus sozialen Bindungen und somit zur Vereinzelung und auch zur Isolation führen.

Das Tempo des sozialen Wandels nimmt zu. Es ist zu vermuten, dass es darin kritische Schwellenwerte gibt, in denen die Wahrnehmungen und die sozialen Wirklichkeiten qualitativ umschlagen und es zu Veränderungen des Raum-Zeit-Regimes, der Subjektivitätsformen und der politischen Verhältnisse kommt (Rosa 2009, 103 f.).

Sobald dieser Wandel ein höheres Tempo als die Generationenfolge erreicht, sind gravierende Folgen für die lebensweltliche Verlässlichkeit und Kontinuität zu erwarten, die Subjekte nicht unberührt lassen – die Verwundbarkeit der Subjekte wächst.

Die Zone der Verwundbarkeit und der Erschöpfung ist der Ort der Mittelklassen, der Mittelschicht, die um ihren Status fürchtet und Ängste entwickelt. Diese Gruppe wächst und erfasst immer mehr Menschen. In dieser Aufspaltung schwindet Solidarität, es wächst Individualisierung und Flexibilisierung der Lebensverhältnisse.

Es formt sich das Bild einer Mittelschicht, die immer mehr die Sorge hat, nichts mehr zu gewinnen, sondern nur noch zu verlieren.

Der Soziologe Vogel hat dies so ausgedrückt: „Die empirischen Befunde umreißen ein Szenario drohender sozialer Abstiegsprozesse, in dessen Mittelpunkt gerade diejenigen Arbeitnehmergruppen stehen, die vor Jahren noch zu den Aufsteigermilieus zählten und sich auf der sicheren Seite des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchs wähnen konnten“ (Vogel 2009a, 215).

Diese Mittelschicht ist extrem anfällig für Ressentiments und rechtsextremes Gedankengut. In der Abwertung der Anderen und Fremden, der Migranten und der Langzeitarbeitslosen, findet eine Aufwertung des eigenen Status stat. Und das entlastet offenkundig von den Sorgen.

Das gilt es zu verstehen, um zu begreifen, dass es nicht nur um moralische Empörung gehen kann, wenn man dem Rechtsextremismus aus der Mitte begegnen will. Da er sich in Zentrum der Verfasstheit unserer Gesellschaft befindet, sich auch aus ihren ökonomischen Strukturen ergibt, muss dies immer auch eine Debatte über den Zustand der Gesellschaft sein, um ihre Verwirklichungschancen, um ihre Teilhabemöglichkeiten, um ihre Integrationskraft und um ihre Verteilungsmuster von Ressourcen

Dennoch erlaube ich mir hier einige jener Punkte vorzustellen, die in den Blättern veröffentlicht einen ersten Handlungsrahmen aufzeigen.

Konsequenzen

1. Eingreifen und einmischen statt wegsehen

Gegen Rassismus vorzugehen können wir nicht an den Staat delegieren: Jede und jeder kann bei rassistischen Sprüchen am Arbeitsplatz, antisemitischer Hetze auf dem Sportplatz oder »Schwulenwitzen« Kontra geben und eingreifen, wenn andere bedroht und geschlagen werden.

2. Mehr Demokratie statt mehr Verfassungsschutz

Polizei, Justiz und Geheimdienste spiegeln gesellschaftliche Verhältnisse wider. In einem Land, in dem regelmäßig ein Drittel erklärt, Deutschland sei »im gefährlichen Maße überfremdet«, ist es keine Ausnahme, dass Sonderkommissionen »Aladin« oder »Bosporus« genannt und Opfer

rassistischer Gewalt unter Generalverdacht gestellt werden. Schon die Bezeichnung »Döner-Morde« ist rassistisch und entwürdigend. Nationale Terrorabwehrzentren und neue Gesamtdaten von Polizei und Geheimdiensten werden daran nichts ändern. Ein erster Schritt wäre eine klare Abkehr von den Feindbildern der »Linksextremisten«, »Muslime« und »Fremden«. Der Rassismus der Mitte muss als Problem erkannt werden.

3. Zivilgesellschaftliche Expertisen anerkennen und nutzen

Der derzeitige Schock der politisch Verantwortlichen über den Terror des »Nationalsozialistischen Untergrunds« lässt sich nur damit erklären, dass sie die öffentlich zugänglichen Informationen und Analysen der zivilgesellschaftlich Aktiven gegen Rechts und Rassismus – Antifagruppen, Bündnisse und Beratungsprojekte – offenbar komplett ignoriert und stattdessen nur auf die Geheimdienste gehört haben. Wer die falschen BeraterInnen in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten setzt, kann nur verlieren – und spielt mit dem Feuer. Künftig muss der Erfahrungsschatz der zivilgesellschaftlichen ExpertInnen angemessenes Gehör finden.

4. Lückenlose Aufklärung und Konsequenzen auf allen Ebenen

Alle Daten und Informationen, die notwendig gewesen wären, um mit polizeilichen und rechtsstaatlichen Mitteln schon 1998 – vor Beginn der rassistischen Mordserie – gegen den Kern des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) vorzugehen, lagen den Strafverfolgungsbehörden und Geheimdiensten gleichermaßen vor. Doch diese Informationen wurden mit einer Mischung aus Verharmlosung, Entpolitisierung und Inkompetenz von Polizei, Justiz und Geheimdiensten ignoriert, wie sie bei rechter Gewalt immer wieder zu beobachten war und ist. Wer jetzt Aufklärung verspricht, muss überall dort, wo Versagen offenkundig geworden ist, auch personelle Konsequenzen ziehen, egal ob in Innenministerien, Geheimdiensten oder Strafverfolgungsbehörden.

Die Angehörigen der Ermordeten, die Verletzten der Nagelbombenanschläge und die Communities, die durch die Attentate der NSU unmittelbar betroffen sind, aber auch die

Gesellschaft als Ganzes haben ein Recht darauf, dass eine lücken- und schonungslose Aufklärung in aller Öffentlichkeit stattfindet.

5. »Extremismusklausel« abschaffen

Die Bundesregierung zwingt die Projekte gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zur Unterschrift unter eine so genannte »Demokratieerklärung«, mit der sich die Projekte verpflichten sollen, ihre PartnerInnen auf Verfassungstreue zu prüfen und sie zu bespitzeln. Als Grundlage für die Einschätzung der Verfassungstreue von KooperationspartnerInnen sollen ausgerechnet die Berichte des Verfassungsschutzes dienen. Die rassistischen Diskurse aus der Mitte der Gesellschaft bleiben dabei außen vor. Die zivilgesellschaftliche Arbeit wird seit Jahren beeinträchtigt durch die historisch falsche, wissenschaftlich unsinnige und politisch gefährliche »Extremismustheorie«, die Rechtsextremismus und Linksextremismus und damit auch Faschismus und Antifaschismus gleichsetzt.

6. Langfristige Planungssicherheit für Projekte gegen Rechtsextremismus und Ausweitung der bewährten Beratungsprojekte in den alten Bundesländern

Die Arbeit gegen die extreme Rechte braucht einen langen Atem, ist eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe und kein Strohfeuer und muss entsprechend dauerhaft gefördert werden. Außerdem sind rechte Gewalt und extrem rechte Aktivitäten keine Ostprobleme. Die Mehrheit der NSU-Morde ereignete sich in den alten Bundesländern – in Regionen, in denen seit Langem militante Neonazistrukturen aktiv sind. Die Beratungsprojekte in den neuen Bundesländern und Berlin arbeiten seit nunmehr über zehn Jahren erfolgreich und unabhängig, dennoch wurden ihnen wiederholt die Mittel gekürzt.

Die Mobilen Beratungsteams sind AnsprechpartnerInnen für KommunalpolitikerInnen und Zivilgesellschaft; die Beratungsprojekte für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt unterstützen und begleiten Betroffene, ZeugInnen und Angehörige bei der Bewältigung der Tatfolgen. Diese Projekte sind derzeit mit zum Teil massiven Mittelkürzungen konfrontiert. In den alten Bundesländern sind sie komplett unterfinanziert oder existieren aus Mangel an

Fördergeldern erst gar nicht. Wenn Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) jetzt erklärt, in ihrem Haushalt seien die Millionen aus dem Programm gegen »Linksextremismus« noch nicht abgerufen worden, dann müssen diese Gelder umgehend zum Aus- und Aufbau der bewährten Strukturprojekte gegen Rechts zur Verfügung gestellt werden. Das wäre ein erster Schritt, dem weitere – wie ein Ende der Kürzungen bei den Antidiskriminierungsbüros – folgen müssen.

7. Rassismus endlich beim Namen nennen

Es ist unbegreiflich, dass im Zusammenhang mit den NSU-Morden von »Fremdenfeindlichkeit« die Rede ist. Die Ermordeten waren mitnichten »Fremde«, »Türken« oder »Griechen«, sondern repräsentieren die Mitte unserer Gesellschaft. Es ist Zeit, endlich von Rassismus und dem Wahn der »White Supremacy« (»Überlegenheit der Weißen«) zu sprechen, denn dies war das Motiv der Neonazis. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Rechte haben und gleich geschützt werden – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Status und allen anderen »Merkmale«.

Ein mahnender Schluss.

Klimaflüchtlinge, das Ende der Welt wie sie kennen